

Kiel, 20. Januar 2012

Nr. 017/2012

Wolfgang Baasch:

Mehrgenerationenhäuser nachhaltig fördern!

Der Arbeitskreis Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-Landtagsfraktion hat das Mehrgenerationenhaus Vinetazentrum in Kiel-Gaarden besucht und dabei auch ein Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser in Schleswig-Holstein geführt. Der Arbeitskreis-Vorsitzende Wolfgang Baasch lobt die Arbeit der Einrichtungen und fordert die Sicherstellung ihrer Förderung:

Der Bund soll die bestehenden, gut arbeitenden Mehrgenerationenhäuser dauerhaft fördern, die Kommunen diese wirkungsvollen Angebote unterstützen, und auch die Landesregierung sollte prüfen, wie sie mit eigenen Projekten die Arbeit der Einrichtungen stärken kann.

Denn die Mehrgenerationenhäuser leisten vielfältige, niedrighschwellige und effektive Arbeit auf regionaler Ebene und in den Stadtteilen der großen Städte. Sie machen Angebote für Menschen vom Kindesalter (Krippenbetreuung und Kita) bis zur Seniorenbegegnung; dazu gehören zahlreiche Projekte zur Begegnung, Bildung und Weiterbildung. Sie beraten Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen (Migranten, Familien, Jugendliche) und bieten gezielte Hilfen (z. B. für Demenzerkrankte und bei Ernährungsfragen). Mehrgenerationenhäuser sind Orte, wo auch viel ehrenamtliches Engagement und die Koordinierung von ehrenamtlicher Arbeit stattfindet. Hier werden Ehrenamtler mit Menschen zusammengebracht, die einfache, direkte Unterstützung erhalten.

Diese Arbeit muss nachhaltig gesichert werden, deshalb ist es gut, dass der Bund 13 Mehrgenerationenhäuser in Schleswig-Holstein weiter fördert. Diese Förderung muss aber auf Dauer erhalten bleiben. Leider sind nicht alle der ursprünglich in unserem Land gestartete

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Mehrgenerationenhäuser auch in das Aktionsprogramm II aufgenommen worden, z. B. die Einrichtung im Lübecker Stadtteil St. Lorenz-Süd oder auch die in Brunsbüttel, wo die Stadt Brunsbüttel die Weiterarbeit in Frage stellt.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene und gegenüber den Kommunen für den Erhalt und die dauerhafte Förderung der Mehrgenerationenhäuser einzusetzen.